

Der Bund vom 08.09.2009, Seite 023

stadt und region

«Schwierig, aber vertretbar»

Das Worber Parlament hat gestern die Finanzplanung 2010 bis 2014 mit grossem Mehr genehmigt, obwohl die finanzpolitischen Aussichten der Gemeinde nicht rosig sind.

Finanzvorsteher Jonathan Gimmel (sp) machte gestern Abend vor dem Worber Parlament keinen Hehl daraus: Die gegenwärtige Finanzsituation der Gemeinde Worb sei «schwierig» und «herausfordernd». Entsprechend schwierig gestalte sich auch die Finanzplanung. Die Tatsache, dass der Steuerertrag in den nächsten zwei Jahren kaum ansteigen werde, belaste den Gemeindehaushalt unverhältnismässig stark. Im Vergleich zum letzten Finanzplan rechnet der Gemeinderat mit Ertragsausfällen von rund einem Steueranlagezehntel pro Jahr, was 1,4 Millionen Franken entspricht. Ein Fehlbetrag, der auch trotz einem jüngst beschlossenen Massnahmenpaket nicht aufgefangen werden kann - zumal durch zusätzliche Einsparungsmassnahmen jährlich nur Kosten in Höhe von 715000 Franken vermieden werden können und bis 2014 zudem jährliche Brutto-Investitionskosten von 8,4 Millionen Franken durch Grossprojekte anfallen. Dennoch erachtete der Gemeinderat die vorgelegte Finanzplanung als verantwortbar. «Es gilt, die Situation ernst zu nehmen, aber nicht unnötig zu dramatisieren», so Gimmel. Parlament und Gemeinderat müssten nun die finanzpolitischen Herausforderungen annehmen.

FDP: «Stossrichtung stimmt»

«Unsere Finanzlage und damit die Finanzplanung ist problematisch, aber nicht dramatisch», erklärte auch Ueli Emch von der FDP. Der Gemeinderat habe die Zeichen der Zeit erkannt und Massnahmen eingeleitet. Ob allerdings Umfang und Tiefe dieser genügten, müsse vorderhand noch bezweifelt werden. «Immerhin darf festgehalten werden, dass die Stossrichtung stimmt.» EVP und EDU stellten sich wie die FDP hinter die Sparmassnahmen. Die Ratslinke mit SP und Grünen bemängelte hingegen die Einsparungen als «beträchtlich». Die Finanzplanung 2010 bis 2014 wurde schliesslich mit grossem Mehr angenommen. Einzig die Grünen sprachen sich gegen die Planung aus.

Obwohl aufgrund der ungünstigen Rahmenbedingungen in nächster Zeit an eine Steuersenkung nicht zu denken sei, hielt der Gemeinderat anlässlich der Parlamentsdebatte fest, dass er mittelfristig die Steueranlage auf das Niveau der Stadt Bern zu senken gedenke. Wann dies der Fall sein werde, hänge allerdings von der Wirkung der eingeleiteten Sparmassnahmen und der wirtschaftlichen Entwicklung ab.

(c) Der Bund Verlag AG

305951, BUND, 08.09.2009, Words: 324, NO: 20090908bvbu023223021387